

«Für ehrliche und mutige Lösungsansätze»

«Die VU möchte die Grundhaltung, wonach es eine ehrliche, offene und mutige Politik braucht, weiterführen», erklärt VU-Regierungschefkandidat Thomas Zwiefelhofer. Dabei gehe es um inhaltliche Kontinuität, nicht um gleiche Köpfe.

Interview: Günther Fritz

Herr Zwiefelhofer, die VU mit Ihnen als Spitzenkandidat präsentiert sich den Wählerinnen und Wählern mit dem Slogan «Aus Verantwortung für Liechtenstein – Mit Herz und Weitblick Zukunft schaffen». Welche Botschaft wollen Sie damit konkret vermitteln?

VU-Regierungschefkandidat Thomas Zwiefelhofer: Wir haben uns bei der Suche nach dem passenden Wahlslogan intensiv mit den Herausforderungen der Zukunft, aber auch mit dem schon Geleisteten auseinandergesetzt. Der Slogan, für den wir uns schliesslich entschieden haben, deckt verschiedene Aspekte ab. Einerseits möchten wir zum Ausdruck bringen, dass die heutige Lage unseres Landes, vor allem betreffend Staatshaushalt und Finanzplatz, keine schönfärbischen Versprechungen oder simplen Kochrezepte, sondern ehrliche und mutige Lösungsansätze verlangt. Die Politik muss ihrer Verantwortung für Liechtenstein nachkommen, wie sie es bereits in den vergangenen vier Jahren mit teils unangenehmen, aber

«Es braucht Begeisterung für unser Land»

unvermeidbaren Entscheidungen getan hat. Gleichzeitig dürfen wir trotz der grossen Problemen nicht den Mut verlieren und müssen den Menschen bewusst machen, dass es mit Herz und Weitblick bei unserer guten Ausgangslage möglich ist, unsere hervorragende Lebensqualität weitgehend zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine gute Zukunft zu sichern.

Sie haben in jüngster Zeit einige Male die drei Schlagworte Begeisterung, Mut und Zusammenhalt als Schlüsselbegriffe für eine erfolgreiche Politik herausgestrichen. Weshalb?

Wenn man sich in der jetzigen Situation für ein politisches Amt zur Verfügung stellt, braucht es Begeisterung und Leidenschaft für unser Land. Nur mit diesem inneren Feuer für Liechtenstein hat man die nötige Kraft und Energie, die Probleme anzupacken. Mut braucht es, weil die Probleme eben gross sind und die Lösungen unangenehme Entscheidungen verlangen. Und das führt zum dritten Punkt: Unangenehme Entscheidungen und Weichenstellungen sind nur möglich, wenn man die Betroffenen möglichst mit einbezieht und den Dialog führt. Dann entsteht Zusammenhalt und die nötigen Mehrheiten können gefunden werden. Wer hingegen auf Konfrontation und Ausgrenzung setzt, wird keinen Erfolg haben.

Sie betonen auch immer wieder, dass die VU für politische Kontinuität stehe, obwohl Sie an der Spitze eines völlig neuen Regierungsteams stehen. Wie soll das konkret funktionieren?

Es geht um die politische Grundhaltung, die auch das neue VU-Regierungsteam im Sinne der angesprochenen Kontinuität einnimmt. Die VU möchte diese Grundhaltung, wonach es eine ehrliche, offene und mutige Politik braucht, weiterführen. Diese offene Haltung entspricht unserem Ansatz einer breiten Volkspartei, die ihrer Aufgabe, die Bevölkerung möglichst einzubeziehen und tragfähige Lösungen zu finden, gerecht werden will. Natürlich kann das auch zu Kon-

flikten führen und erfordert Kompromissbereitschaft. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es vielleicht auch ganz gut, dass in der VU viele neue Kräfte antreten. Es geht eben um inhaltliche Kontinuität, nicht um gleiche Köpfe.

In einem «Volksblatt»-Kommentar wird der VU vorgeworfen, sie habe «ein wenig konkretes Wahlprogramm» und verfolge einen Wischwaschi-Kurs. Was sagen Sie dazu?

Solche Aussagen sind von der FBP-Spitze gesteuerte Wahlkampfrhetorik und dürfen nicht allzu ernst genommen werden. Von dieser Seite wurde die letzten vier Jahre alles getan, um die VU schlecht darzustellen, und gleichzeitig war natürlich keinerlei

«Das Poltern von «DU» bringt uns nicht weiter»

Kritik an der FBP zu hören. Wohl wegen der nahenden Wahlen ist es in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden. Dafür wird auf elektronischem Weg via Twitter und Facebook geschossen, was das Zeug hält. Mich lässt das relativ kalt, ich denke, die Liechtensteiner mögen diesen Stil nicht.

Worin sehen Sie die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen von VU und FBP?

Die Wahlprogramme sind sich mittlerweile ziemlich ähnlich geworden, das von der VU ist etwas breiter und lässt mehr Raum für Dialog und verschiedene Lösungsansätze, ist aber nicht weniger konkret, finde ich. Wir haben alle unsere Kandidaten in den Prozess eingebunden, aber bewusst Freiräume gelassen, wo sie ihre individuellen Standpunkte vertreten können. Das ist typisch VU. Dieser Ansatz bietet natürlich auch Angriffsfläche, man kommt dabei nicht so kompakt und einheitlich daher, aber die Wirklichkeit ist nun mal nicht einheitlich und simpel. Ehrlicher ist es doch, wenn man den Unterschieden auch Raum lässt. Und weil wir die Aussage, dass wir eine Koalition bevorzugen, ernst meinen, möchten wir auch in manchen Details den Koalitionsverhandlungen nicht vorgreifen und haben bewusst auf die detaillierte Ausarbeitung bestimmter Ideen wie zum Beispiel der Definition einer Untergrenze der Staatsreserven verzichtet, um das nach den Wahlen gemeinsam zu tun.

DU-Anhänger werfen der VU und der FBP in regelmässigen Leserbriefen vor, sie würden anstatt Wahlkampf um die besseren Ideen ein «obszönes Polit-Techtelmechtel» betreiben. Was halten Sie von solchen Vorwürfen?

Gar nichts, und ich verstehe die Vorwürfe manchmal auch inhaltlich nicht. Die DU-Vertreter machen die Fundamental-Opposition zu ihrem Programm. Poltern und Schlechtreden bringen uns aber nicht weiter. Es ist ja klar, dass die beiden Volksparteien FBP und VU zusammenarbeiten wollen, das ist vermutlich auch der Wille eines Grossteils der Bevölkerung. Obwohl die beiden Grossparteien inhaltlich vielleicht nahe beieinander sind, gibt es einen Wettbewerb um Ideen und Inhalte, das demokratische System funktioniert also sehr wohl. Von Techtelmechtel kann keine Rede sein.

Eine grosse Herausforderung für die kommende Regierung wird die Weiterentwicklung des Finanzplatzes Liechtenstein sein. Wie beurteilen Sie das kurz vor dem Abschluss stehende Projekt einer integrierten Finanzplatzstrategie?

Ich habe den Strategieprozess vor allem aus Sicht der Treuhandbranche mitverfolgt und kann grosse Fortschritte erkennen. Der Ansatz, aus



VU-Regierungschefkandidat Thomas Zwiefelhofer: «Die VU verspricht keine einfachen Lösungen, sondern dass wir uns weiterhin anstrengen, tragfähige Lösungen mit breiter Abstützung zu finden.» Bild Daniel Ospelt

den einzelnen Strategien der Verbände zusammen eine Gesamtstrategie zu entwickeln, welche von Regierung, Fürstentum und den Finanzplatzakteuren gemeinsam getragen und umgesetzt wird, ist fundamental und wichtig. Ich hoffe, dass damit noch verstärkt an einem Strick in die gleiche Richtung gezogen werden wird.

Mit der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) binden die Amerikaner weltweit Finanzinstitute in den Kampf gegen die Steuerhinterziehung ein. Diese müssen Informationen über amerikanische Kunden an die amerikanische Steuerbehörde IRS liefern. Wird nach Ihrer Einschätzung als erfahrener Finanzintermediär Liechtenstein ebenso wie die Schweiz nicht um ein FATCA-Abkommen herumkommen?

Ja, an FATCA wird wohl kein Weg vorbeiführen. Im Prinzip werden wir mit FATCA eine erste Version eines automatischen Informationsaustausches haben, den wir alle so sehr vermeiden wollten, weil er dem berechtigten Schutz der finanziellen Privatsphäre

«Der Ball liegt auch bei den Marktteilnehmern»

widerspricht. Er wird wohl entgegen den Erwartungen der grossen OECD-Länder auch nicht die erhofften Einnahmen erbringen. Auch bei FATCA wird es im Detail noch darum gehen, wie die konkrete Ausgestaltung aussehen soll. Da gibt es verschiedene Optionen, und wir müssen gut aufpassen, dass wir bestehende Chancen nutzen.

Der schmerzvolle Transformationsprozess auf dem Finanzplatz dürfte noch eine Weile fortauern. Was kann die Politik überhaupt unternehmen, damit es in naher Zukunft wieder einmal aufwärts geht?

Die integrierte Finanzplatzstrategie wurde ja schon erwähnt. Diese und die darauf aufbauenden konkreten Massnahmen werden zentral sein, aber auch die einzelnen Strategien der Branchenverbände sind sehr wichtig. Hier muss die Regierung so gut wie möglich unterstützen. Der Ball liegt aber nicht nur bei der Politik, sondern auch bei den Marktteilnehmern, die sich neu ausrichten und kreativ sein müssen. Für die Politik gilt: Neben Reputation ist auch Innovation zu fördern. Und schliesslich ist das Schaffen von mehr Ruhe in Sachen Regulierung und Rechtssetzung ein grosses Anliegen, soweit das im heutigen Umfeld überhaupt möglich ist.

Wie wichtig erscheint Ihnen bei der Umsetzung der Finanzplatzstrategie, dass die Schweiz und Liechtenstein weitgehend im Gleichschritt marschieren?

Ich betone immer, dass der Finanzplatz Liechtenstein in vielen Belangen ein Teil des Finanzplatzes Schweiz ist, nicht nur wegen der gemeinsamen Währung. Liechtenstein kann den Schweizer Finanzintermediären direkt in der Nachbarschaft und im selben Währungs- und Sprachraum Vermögensstrukturen anbieten und ergänzt damit den Finanzplatz Schweiz. Die Schweiz ist unser natürlicher Verbündeter und Freund, und wir sollten das immer berücksichtigen. Dennoch ist Liechtenstein in einer etwas anderen Ausgangslage. Wir sind ein Kleinststaat und müssen uns daher das Recht nehmen, auch einmal eine für unsere Grösse speziell geeignete Lösung zu suchen. Das sogenannte LDF ist ein schönes Beispiel, bei welchem Liechtenstein einen eigenen Weg gegangen ist, ohne die Schweiz damit zu behindern.

Wie können die Rahmenbedingungen für die Industrie und das Gewerbe noch stärker optimiert werden?

Ich habe oft den Eindruck, dass wir aufgrund des EWR und aufgrund unserer Mentalität einen Hang zu Bürokratie haben. Dem muss entgegenge-

wirkt werden, was auch der Staatshaushaltssanierung zugute kommt. Weiteren Optimierungsbedarf sehe ich in der Thematik Grenzregion, wo unsere KMU oft mit Behinderungen zu kämpfen haben, welche die Politik aktiv ausräumen sollte. Und bekanntlich stehe ich dafür ein, dass wir über die Thematik des verbesserten Zugangs zu Fachkräften zumindest einen offenen Dialog mit Industrie und Gewerbe führen sollten. Wirtschaftswachstum wollen alle, nur über das Wie ist man sich offensichtlich nicht einig.

Sie sind selber Vater von drei Kindern. Wie lautet Ihr familienpolitisches Credo angesichts des riesigen Spardrucks?

Familienpolitik hat nicht nur mit Geld zu tun. Ich sehe hier viel Potenzial betreffend die bestehenden oder eben fehlenden Angebote, zum Beispiel Stichwort Tagesstrukturen. Aber wenn Sie den Spardruck ansprechen: Ich meine, dass wir gerade bei der Familienpolitik die Finanzierung überdenken und vom Giesskannenprinzip wegkommen sollten. Die knapper werdenden Mittel müssen gezielt dorthin gesteuert werden, wo sie wirklich benötigt werden. Ausserdem

«Neben Reputation auch Innovation fördern»

finde ich, dass gerade bei der Familienpolitik die Gemeinden stärker einbezogen werden sollten, ähnlich wie es bei der Alterspolitik bereits der Fall ist. Schliesslich möchte ich anfügen, dass ein bezahlter Elternurlaub zurzeit für mich kein Thema ist. Ich teile die Ansicht des Gewerbes, dass das eine zu grosse Belastung in einer sowieso schon anspruchsvollen Zeit wäre.

Sie sind Honorarkonsul der Republik Polen in Liechtenstein und Generalsekretär der Konsulvereinigung. Wo sollte Ihrer Meinung nach die nächste Regierung ihre aussenpolitischen Schwerpunkte setzen?

Bei der Pflege der Aussenbeziehungen sehe ich zwei verschiedene Themenfelder. Bei der klassischen Aussenpolitik kann man wenig falsch machen. Wir müssen die freundschaftlichen Beziehungen weiter pflegen und die für Liechtenstein bestehenden Podien geschickt nutzen. UNO und EWR sowie OSZE und Europarat sind hier die wichtigsten Bühnen. Bei der Aussenwirtschaftspolitik muss eine enge Abstimmung mit der Finanzplatzstrategie erfolgen, aber auch die Interessen der Exportindustrie sind hier sehr wichtig. In diesem Bereich braucht es grosse Fachkompetenz und Verhandlungsgeschick, hier liegen die Herausforderungen der liechtensteinischen Aussenpolitik der nächsten Jahre.

Sowohl die VU als auch die FBP bevorzugen erneut eine grosse Koalition. Beide Grossparteien erheben aber gleichzeitig den Führungsanspruch. Weshalb sollten die Wählerinnen und Wähler gerade die VU mit der Führung betrauen?

Es wird im Moment viel über Kontinuität gesprochen. Gerade weil es in einem schwierigen Moment für unser Land in der Regierung zu einem weitgehenden Neubeginn kommt, ist inhaltliche Kontinuität und Fachkompetenz sehr wichtig. Die VU hat die letzten vier Jahre unter schwierigen Umständen versucht, die Probleme mutig und ehrlich anzugehen. Es wurde auch innerparteilich um die besten Lösungen gerungen, und insgesamt betrachtet wurde viel erreicht. Die VU verspricht keine einfachen Lösungen, sondern dass wir uns weiterhin anstrengen, tragfähige Lösungen mit breiter Abstützung zu finden. Wir erheben nicht den Anspruch, fehlerlos zu sein, sondern wollen eine ehrliche und mutige Politik betreiben.